

Heraus zum 1. Mai

Faire Löhne sind ein Motto am 1. Mai. DIE LINKE fordert einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn für alle. **S.3**

Abschiebungen von Roma

DIE LINKE fordert im Rat, dass die Stadt sich für eine Bleiberechtsresolution einsetzt. Aber die Abschiebungen gehen weiter. **S.3**

Mehr Geld für Geburten

Hebammen fordern eine gerechte Entlohnung. DIE LINKE wird sie mit einem Antrag im Stadtrat unterstützen. **S.5**

Mehr Einfluss

DIE LINKE fordert einen BürgerInnen-Haushalt, damit die Einwohner sich aktiv in die städtischen Finanzen einmischen können. **S.7**

Kein Abriss des Tausendfüßlers!



Teurer Größenwahn

350 Millionen Euro für Abriss und Umbau im Zentrum Düsseldorfs

Unter dem Namen „Kö-Bogen“ wird auf und unter dem Jan-Wellem-Platz von einem privaten Investor ein Büro- und Geschäftshaus errichtet. Gleichzeitig wird dieser zentrale Bereich von der Stadt Düsseldorf komplett umgebaut.

In einer schönen, bunten Broschüre wirbt die Stadtverwaltung für ihren Plan. Die Bilder des Tausendfüßlers oder vom Jan-Wellem-Platz, wie er einmal war, werden in einem tristen Schwarz-Weiß dargestellt, die Bilder eines futuristischen Jan-Wellem-Platzes aus Beton, Glas und Stahl in fröhlichen Farben mit flanierenden Menschen. Für 1,4 Millionen Euro wurde ein Informationspavillon gebaut, in dem die DüsseldorferInnen für den städtischen Größenwahn begeistert werden sollen. Im Jahre 2007 sind die Kosten für das Projekt mit 221 Millionen Euro angegeben worden. Bis 2010 waren die Kosten auf ca. 300 Millionen angewachsen. Bis heute kann die Stadtverwaltung noch keine belastbaren Zahlen nennen. Es ist damit zu rechnen, dass die Kosten weiter steigen. Nach allen Erfahrungen mit solchen Großprojekten - siehe Stuttgart 21 - muss

befürchtet werden, dass selbst 350 Millionen nicht reichen werden.

Wie sieht der Plan der Stadt aus? Im Bauabschnitt Kö-Bogen 1 wird der Jan-Wellem-Platz völlig umgebaut. Die Zufahrtstraße von der Kaiserstraße zur Altstadt entfällt, die Fläche bis zum Hofgarten-Weiher wird zubetoniert, durchsetzt von ein paar Rasenflächen. Die ursprüngliche Zusicherung der Stadt, dass der Hofgarten in seiner ursprünglichen Form erhalten bleibt, spielt in der jetzigen Planung keine Rolle mehr. Dort, wo jetzt die Großbaustelle zwischen Jan-Wellem-Platz und Hofgarten ist, werden Hochbauten aus Glas, Stahl und Beton entstehen. Im Bauabschnitt Kö-Bogen 2 soll der Tausendfüßler abgerissen und die Verbindung zwischen Kaiserstraße und Berliner Allee vier-spurig unter die Erde verlegt werden. In Höhe der Johannes-Kirche verlassen die Kraftfahrzeuge wieder die Tunnelröhre, was zu einer erheblichen Lärmbelastung für die Besucher der Kirche führen wird. Die Straßenbahnlinie 701 bleibt über der Erde. Dass der Tausendfüßler unter Denkmalschutz steht und sich als

Verkehrsverbindung bewährt hat, interessiert die Stadtverwaltung und mit ihr die Mehrheit aus CDU und FDP nicht.

Jetzt gibt es Menschen in Düsseldorf, die sich für diese schöne neue Welt begeistern. Aber wir sollten daran denken, welcher Preis dafür bezahlt werden muss. DIE LINKE erlebt in der täglichen politischen Arbeit, wo diese verplanten Millionen fehlen. So will die Stadt aus Kostengründen die Schulbusse einsparen, sie sperrt sich gegen den Kauf des Naherholungsgebietes Aaper Wald, sie lehnt im Haushalt eine Aufstockung des kommunalen Wohnungsbaus und des Radwegebaus ab. In Garath soll aus Kostengründen ein Nebenzentrum für die BürgerInnen nicht umgestaltet werden. Es fehlen Kitaplätze und die fünfte Gesamtschule. Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir eine Stadt aus Stahl, Glas und Beton, die nur noch von wirtschaftlichen Interessessen bestimmt wird, oder wollen wir eine solidarische und sozial gerechte Stadt, in der sich alle Menschen wohlfühlen. Die Ratsfraktion DIE LINKE steht für eine solidarische und sozial gerechte Stadt.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der 1. Mai ist der internationale Tag der Arbeiterbewegung. Alle Werte entstehen durch menschliche Arbeit. Sie hat den technischen Fortschritt und große Konzerne geschaffen. Immer haben viele Menschen ihre Arbeitskraft eingebracht und diese Entwicklung ermöglicht. Die Ergebnisse dieser Arbeit gehören aber nicht denen, die sie geschaffen haben. Das Kapital, das durch die Arbeit entstanden ist, hat sich der Arbeit bemächtigt und sich die Ergebnisse angeeignet. Die von der SPD und den Grünen vorangetriebene Agenda 2010 mit ihren Hartz-Gesetzen hat die Möglichkeiten der Ausplünderung der menschlichen Arbeitskraft enorm verschärft. Leiharbeit, Mini-Jobs und Lohndumping sind die Folgen. Zunehmende Arbeitsverdichtung führt zu immer mehr Stress und damit zu steigender Belastung am Arbeitsplatz. Die Ratsmehrheit von CDU und FDP hat 12 Millionen Euro im Stellenplan gestrichen. Dies entspricht 264 Vollzeitstellen. Die Arbeit soll auf die übrigen Arbeitnehmer übertragen werden. Dies geht zu Lasten der Betroffenen aber auch der BürgerInnen, denn mehr Arbeitsdruck bedeutet schlechteren Service. Statt Millionen Euro für Prestigeobjekte hinauszuschmeißen sollte die Stadtverwaltung durch eine vernünftige Personalplanung die öffentlichen Aufgaben sicherstellen.

Ergün Durmus
Mitglied des Rates der Stadt Düsseldorf für DIE LINKE

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Vorkaufsrecht Ja oder Nein?

Grundsätzlich sollte Jeder wissen, ob er ein Vorkaufsrecht für ein Grundstück oder für eine Immobilie hat oder nicht. Bei der Stadt Düsseldorf ist dies scheinbar nicht der Fall. Obwohl das Rechtsamt schon lange die Angelegenheit prüft. Seit Monaten warten interessierte Gruppen wie z. B. die Bürgerinitiative AaperWald auf eine Entscheidung der Stadtverwaltung Düsseldorf, ob ein Vorkaufsrecht für die Stadt besteht oder nicht. Aber, es tut sich nichts!

Schon im Oktober 2010 wurde in der Bezirksvertretung 06 ein Antrag von der Partei DIE LINKE, der sich auch mit dem Vorkaufsrecht beschäftigte, von der Tagesordnung genommen (CDU, FDP, SPD). Auf eine Anfrage der Partei DIE LINKE, ebenfalls in der Bezirksvertretung 06, ob die Stadt Düsseldorf überhaupt ein Vorkaufsrecht hat, wurde die Frage von der Stadtverwaltung wieder nicht beantwortet. Viele Bürgerinnen und Bürger stellen sich mittlerweile die Frage, warum Herr OB Elbers die Angelegenheit nicht zur Chefsache erklärt und Klarheit schafft.

Herr Oberbürgermeister Elbers, es wird Zeit! Viele Düsseldorferinnen und Düsseldorfer kämpfen über zwei Jahre schon für den Erhalt des Naturschutzgebietes Aaper Wald. Lothar Daxenberger

Kanu-Rennstrecke durch Naturschutzgebiet

Mit den Stimmen von CDU, Grüne, dem FDP-Vertreter und zwei Stimmen aus der SPD-Fraktion stimmte die Bezirksvertretung 08 am 7. April für die Einrichtung einer Kanu-Trainings-Strecke für Leistungssportler quer durch das Naturschutzgebiet Nördlicher Elbsee in Unterbach.

Der Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung 08, Lutz Pfundner: „Dies ist eine völlig überflüssige Maßnahme. Die Düsseldorfer Leistungskanuten haben in Essen, Duisburg, Köln und auf dem Rhein genügend Trainingsstrecken. Nur um die Anfahrtzeit für ein gutes Dutzend Leistungssportler zu verringern wird massiv in den Naturschutz eingegriffen.“

DIE LINKE in der Ratsfraktion und in der Bezirksvertretung lehnt dies ab und wird sich immer im Zweifel für den Naturschutz entscheiden.“

Wem gehört die Stadt?

Ein Kongress zur Gentrifizierung in Düsseldorf

Vom 18. bis zum 20. März hat DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf unter dem Titel „Wem gehört die Stadt“ einen Kongress zur Gentrifizierung veranstaltet.

„Gentrifizierung“ beschreibt bestimmte, in der Stadtsoziologie bereits umfangreich erforschte Prozesse der „Aufwertung“ meist innenstadtnaher, durchsanierter oder sanierungsbedürftiger Altbauquartiere, die innerhalb kurzer Zeit zu einer Verdrängung größerer Teile der alteingesessenen Bewohnerschaft und der kleinen Gewerbetreibenden zugunsten einer (deutlich) einkommensstärkeren Klientel führen.

Schon die Auftaktveranstaltung am Freitagabend stieß auf großes Interesse. Zu der Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kann die Stadt ein Ort des guten Lebens sein?“ kamen rund 140 BesucherInnen ins Zakk.

Am Samstag ging es weiter mit zwei Referaten, die den Begriff Gentrifizierung verständlicher machten und in die verschiedenen Aspekte der städtischen Verdrängung einführten. Vormittags fanden sich mehrere Arbeitskreise, die das Thema theoretisch aus unterschiedlichen Gesichtspunkten beleuchteten.

Am Nachmittag wurde, wieder in mehreren Arbeitskreisen, über praktische Beispiele des Widerstandes berichtet und versucht, anhand dieser Beispiele Gegenstrategien zu entwickeln.

Dass das Thema des Kongresses auch oder gerade in Düsseldorf aktuell ist, zeigt schon die Zahl von ca. 240 Interessierten, die über den Tag verteilt in den Arbeitskreisen mitdiskutierten.

Veranstaltet hat die Fraktion DIE LINKE. diesen Kongress, um den EinwohnerInnen dieser Stadt und vielen, die aus der ganzen Bundesrepublik angereist waren, ein Forum zu geben, über ihre eigenen Erfahrungen und den daraus resultierenden Schlüssen zu diskutieren. Ebenso sollte der Kongress dazu dienen, die VertreterInnen der LINKEN im Rat und in den Fachausschüssen weiterzubilden und für ihre weitere Arbeit Anregungen zu geben.

Der Kongress schloss am Sonntag mit einem gemeinsamen Frühstück und einem Spaziergang durch Oberbilk und Flingern ab. Diese beiden Stadtteile sind die zurzeit von der Gentrifizierung am meisten Betroffenen in Düsseldorf. An diesem, ca. 2 ½-stündigen Spaziergang haben ca. 30 Menschen teilgenommen.

Der Kongress wurde von einem Filmteam dokumentiert; ein erster Zusammenschnitt des Filmmaterials ist auch schon ins Netz gestellt. In den kommenden Wochen wird das umfangreiche Material ausgewertet und das Ergebnis auf der Internetseite des Kongresses einzusehen sein.

Unter www.wemgehortediastadt.de können auch die Faktenblätter der Fraktion abgerufen werden. Diese Faktenblätter sind von den VertreterInnen der LINKEN in den Ausschüssen anhand der vorhandenen Daten zur Stadtentwicklung angefertigt worden und haben auf dem Kongress großen Anklang gefunden.

Schon heute ist abzusehen, dass die Erfahrungen und das Wissen, das auf diesem Kongress ausgetauscht wurde, von unschätzbarem Wert für die weitere Arbeit der Fraktion sind. Ebenso ist zu hoffen, dass der Kongress für viele EinwohnerInnen von Düsseldorf Anregung war, ihre Interessen in Zukunft besser vertreten zu können.

Deshalb wird es mit Sicherheit nicht der letzte Kongress zu einem Thema sein, den DIE LINKE. Ratsfraktion in Düsseldorf veranstaltet.

Wohin als RadfahrerIn?

Fahrradwege benutzen - keine sinnvolle Pflicht

Fahrradwege, die mit dem blauweißen runden Gebotschild gekennzeichnet sind, müssen nach der Straßenverkehrsordnung von RadfahrerInnen benutzt werden.

Fahrradwege sind häufig neben Vorfahrtsstraßen wegen der dort erhöhten Gefährdung der RadfahrerInnen durch schnell fahrende Autos und LKWs eingerichtet. 2010 wurden 3402 (!) Anzeigen wegen Parkens auf Fahrradwegen erstattet. Die Dunkelziffer dürfte um ein Vielfaches höher liegen.

Fährt ein(e) RadfahrerIn auf Wegen, die als gemeinsamer Fuß- und Radweg ausgewiesen sind, mit Hindernissen und parkenden Autos, kann es weniger gefährlich sein, auf die Straße auszuweichen. Schließlich will ein(e) RadfahrerIn keine Fußgänger gefährden und durch Ausweichmanöver stürzen.

In Oberbilk, Bilk, Unterbilk, Lierenfeld usw. gibt es zahlreiche Straßenabschnitte, an denen derartige Verhältnisse gefunden werden können: Ellerstraße, Oberbilk Allee, Erkrather Straße ...

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat in Düsseldorf in einer Anfrage im Februar diesen Jahres die Verwaltung gefragt, ob sie die Fahrradwege auf Aufhebung der Benutzungspflicht überprüfen will.

Antwort: Die Stadt will die Nutzungspflicht nach einer vor 13 Jahren statt-

gefunden Prüfung nicht erneut überprüfen.

Diese Passivität ist einer „fahrradfreundlichen Stadt“ unwürdig! CDU und FDP zeigen einmal mehr, dass ihr Ziel die autogerechte Stadt ist. Wir brauchen mehr Tempo 30-Zonen um Fahrradfahren auf den Straßen sicherer zu machen und Konflikte auf den Bürger-

steigen zu verhindern. Auch der Rückbau einiger Straßen (z.B. Bonner Straße) von vier auf zwei Spuren ist möglich und dient dem gleichen Ziel. Dort werden FahrradfahrerInnen besser gesehen als auf den abseitigen Fahrradwegen.

Nur so kann die Stadt das selbstgesteckte Ziel von 16% Fahrradverkehrsanteil an der Mobilität erreichen.



Besser auf die Strasse, als auf diesen Fahrradweg

Der 1. Mai 2011

Gesetzlicher Mindestlohn sofort

„Das ist das Mindeste. faire Löhne, - gute Arbeit – soziale Sicherheit“, dies ist das Motto des diesjährigen 1. Mai.

Und die Ratsfraktion der LINKEN demonstriert selbstverständlich unter diesem Motto mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften.

Lohndumping muss endlich gestoppt und der gesetzliche Mindestlohn eingeführt werden. Das vor allem vor dem Hintergrund, dass ab dem 1. Mai 2011 die vollständige Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit für Beschäftigte und Unternehmen aus den 2004 beigetretenen Mitgliedsstaaten der Union in Kraft tritt. Menschen aus vielen Ländern können in Deutschland unter Mindestlohn Arbeit bekommen. Und damit werden die Löhne und Gehälter in Deutschland weiter nach unten gedrückt. Es wird ein Wettbewerb ausgetragen, bei dem die ArbeitnehmerInnen – egal woher sie kommen – die VerliererInnen sind. Arbeits-, Sozial- und Lohnstandards stehen auf der Kippe.

Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit, Minijobs, all dies nimmt kein Ende.

In Deutschland gibt es Stundenlöhne von unter 9 Euro, bei ca. sieben Millionen ArbeitnehmerInnen, sogar mehr als zwei Millionen Beschäftigte arbeiten für unter 6 Euro. Das ist ein Skandal. Diese Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben! Sie müssen mit Hartz IV aufstocken. Auf Kosten der Steuerzahlenden. Je weniger die Menschen verdienen und je mehr Menschen arbeitslos sind, desto weniger Beiträge fließen in die Sozialkassen. Eine völlig unlogische Politik.

Der gesetzliche Mindestlohn muss schnellstens beschlossen werden. Es gibt ihn derzeit nur für einen kleinen Teil der Beschäftigten und wegen unzureichender Kontrollen wird er sogar häufig umgangen. Die Bundestagsfraktion der LINKEN stellte am 01.12.2010 einen Antrag für einen Gesetzentwurf der unter anderem Folgendes aufweist:

- Ein Mindestentgeltgesetz, bei dem ein allgemeingültiger Bruttostundenlohn als gesetzlicher Mindestlohn festgesetzt wird, und zwar ab dem 01.05.2011 für alle abhängig beschäftigten ArbeitnehmerInnen, die in Deutschland arbeiten.

- Eine Zielgröße für das Jahr 2013 in Höhe von mindestens 10 Euro pro Stunde.

- Kontrollmechanismen und Sanktionen bei Verstößen sowie die Möglichkeit einer Verbandsklage.

Für einen armutsfesten Mindestlohn in Höhe von 10 Euro, für den politischen Streik, für armutsfeste Renten! Massenentlassungen müssen unter Strafe gestellt werden. Enteignung der Stromkonzerne, der Pharmaindustrie, der Rüstungsindustrie und der Großbanken! Sie gehören in die öffentliche Hand! Für ein Schuldenmoratorium zugunsten der Kommunen, der EinwohnerInnen. Das sind alles Themen auch gerade für den 1. Mai.

Kämpfen wir gemeinsam mit und in den Gewerkschaften, nicht nur am 1. Mai. Es geht nicht ohne Gewerkschaften! Und Gewerkschaften können nur so gut sein, wie ihre Mitglieder, zahlenmäßig und damit finanziell und damit wiederum streikfähig! Am besten bis hin zum Generalstreik, wie es uns andere europäische Länder vormachen.

Unmenschliche Abschiebungen

Düsseldorfer Flughafen: Drehpunkt für Menschenrechtsverletzungen

Es ist ein Dienstagmorgen am Flughafen Düsseldorf, vergitterte Busse bringen Menschen mit Polizeiaufgebot zum Abflug nach Pristina im Kosovo. Es sind Roma-Familien, die als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, die vor Terror und Tod flüchteten. Die einen Krieg erlebten, den eine deutsche Bundesregierung aus SPD und Grünen mit beschlossen hatte. Dabei ist eine Mutter mit vier kleinen Kindern, die alle in Deutschland geboren wurden. Der Vater bleibt in einem Krankenhaus in Bayern zurück. Eine Frau mit ihrer 20jährigen Tochter, die in Deutschland geboren wurde und deutsch spricht. Wie Schwerstverbrecher werden sie von der Polizei behandelt. Sie sollen dahin zurück, wo sie ein Leben am Rande von Müllhalden in Baracken ohne Arbeit und Schule und ohne medizinische Versorgung führen müssen.

Hintergrund dieser und anderer Deportationen ist ein Rückübernahmeabkommen zwischen Deutschland und Kosovo, das am 14. April 2010 unterzeichnet wurde. Von Abschiebung bedroht sind rund 14.000 Menschen. Das Bundesministerium des Inneren hat angekündigt, künftig etwa 2.500 Personen jährlich in den Kosovo abzuschicken. Dies verletzt eklatant die Menschenrechte. Viele der Flüchtlinge sind von ihren Erlebnissen traumatisiert und eine Rückkehr ist mehr als unverantwortlich. Kinder werden aus

Schule und Freundeskreis gerissen und müssen in ein Land, dessen Sprache sie noch nicht mal sprechen.

Angelika Kraft-Dlangamandla, stellvertretende Fraktionsvorsitzende dazu: „Wir LINKEN werden nicht nur die Stadt danach fragen, wie in Düsseldorf mit Abschiebungen umgegangen wird. Schließlich war auch eine Familie aus Düsseldorf auf der Abschiebeliste. Wir werden den Rat der Stadt auffordern, eine Resolution zu verabschieden, die darauf abzielt, sich aktiv auf Bundesebene für ein Bleiberecht der in Deutschland lebenden Minderheiten

aus dem Kosovo einzusetzen.“

Die LINKE-Ratsfraktion demonstrierte am Tag der Abschiebungen gemeinsam mit vor allem jungen engagierten Leuten, mit verschiedenen Organisationen auf dem Düsseldorfer Flughafen für das Bleiberecht für alle Flüchtlinge, gegen jegliche Abschiebungen, für die grundlegenden Menschenrechte für Flüchtlinge. Und lautstark wurden Flugreisende über das informiert, was hinter den Kulissen des Flughafens gerade passierte: Die gewaltsame Abschiebung von Menschen ins Elend!



Abschiebearline AirBerlin stoppen

U3 – Förderung? Nur ganz selten für Kinder aus ALG 2 – Familien...

Wer bei U3 an den Bau von Kindertagesstättenplätzen für Kinder unter 3 Jahre denkt liegt richtig – meistens. Es gibt in Düsseldorf noch ein Programm mit dem Namen „U3-Förderung“. Hier geht es darum, dass Eltern, die ihr Kind in eine privat-gewerbliche Einrichtung bringen, einen Zuschuss zu den Betreuungskosten erhalten können und mit diesem Programm die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gestärkt werden soll. Das Problem: Diese privaten Kitas sind sehr teuer – so dass das Programm vorwiegend Eltern zukommt, die es sich sowieso leisten können. Zumal auf die Förderung selber kein Anspruch besteht und diese auch von hohen bürokratischen Hürden abhängt. Die Förderung selber ist daher nur ein nettes Zubrot – sie wird eben mitgenommen. Dass ALG 2 – Empfänger nur selten gefördert werden (obwohl sie es nach den Richtlinien des Programms könnten), bestätigt dann auch die Antwort der Verwaltung auf eine Anfrage DER LINKEN im Jugendhilfeausschuss. In den letzten beiden Jahren hat nicht ein ALG 2 – Empfänger diese Förderung in Anspruch genommen. Das Programm läuft planmäßig im September 2011 aus – die Verwaltung plant allerdings, das Programm fortzusetzen und entsprechende Mittel in den nächsten Haushalt einzustellen. DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass diese Mittel sinnvoller für den Bau und Betrieb von städtischen Kindertageseinrichtungen verwandt werden sollen – so könnten letztlich alle Eltern von den zusätzlichen Plätzen profitieren. Und nicht nur die, die es sich leisten können.

In eigener Sache

Seit März besteht die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf nur noch aus vier Mitgliedern, nämlich Gilbert Yimbou (Fraktionsvorsitzender), Angelika Kraft-Dlangamandla (stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Dr. Lieselotte Opitz und Ergün Durmus. Frank Laubenburg wurde aufgrund Verstöße gegen das Fraktionsstatut aus der Fraktion ausgeschlossen und ist jetzt fraktionsloses Ratsmitglied. Vorhergegangen war die Aufforderung einer Mitgliederversammlung des Kreisverbands der LINKEN, Frank Laubenburg aus der Fraktion auszuschließen.

35.435 Arbeitslose in Düsseldorf - Arbeitslosenquote bei 12,0%

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht monatlich die tatsächliche Arbeitslosenzahl für Düsseldorf. Die offizielle Arbeitslosenzahl stellt kein Abbild der Wirklichkeit dar. Ein großer Teil der Arbeitslosen wird einfach herausgerechnet. So werden Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben, von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden oder an Weiterbildungen teilnehmen, nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen ebenfalls nicht in der Arbeitslosenstatistik.

Durch diese Tricks wird die Arbeitslosenzahl verändert: Offiziell lag sie in Düsseldorf im März 2011 bei 28.549 (offizielle Arbeitslosenquote 9,4%). Entnommen wird diese Zahl dem monatlich erscheinenden Bericht der Bundesagentur für Arbeit. In den Anlagen des Berichts findet sich jedoch auch die Zahl der „Unterbeschäftigung im engeren Sinne“, in der die oben genannten Gruppen nicht herausgerechnet sind. Diese tatsächliche Arbeitslosenzahl liegt mit 35.435 um 6.886 Personen höher, als die schön gerechnete offizielle Zahl. Die genaue Aufschlüsselung der herausgerechneten Personen ist auf unserer Website unter www.linksfraktion-duesseldorf.de zu finden.

OB Elbers kippt die Meinungsfreiheit

Vom 13. 3. bis 31. 3. sollte in der VHS die Ausstellung „Die Nakba - Flucht und Vertreibung der Palästinenser 1948“ gezeigt werden. Am 24. 3. wurde die Ausstellung auf Anweisung aus dem OB-Büro geschlossen.

Die Ausstellung wurde bisher in 64 Orten in Volkshochschulen, Universitäten, Kirchengemeinden, Gewerkschaftshäusern u. a. gezeigt. In der letzten Ratssitzung wurde von Bündnis 90/Die Grünen angefragt, aus welchen Gründen die Ausstellung abgesagt wurde. Eine Antwort stand bis Redaktionsschluss noch aus.

Die Ratsfraktion DIE LINKE. wird sich dafür einsetzen, dass die Ausstellung in Düsseldorf wiederholt wird und dass der OB keine Möglichkeit hat dies zu verhindern.

OSD-Opfer freigesprochen Der Versuch, aus Opfer Täter zu machen, ist gescheitert

Seit Jahren kämpft die Linksfraktion im Rat der Stadt Düsseldorf um eine Auflösung des Ordnungs- und Service-Dienstes der Stadt Düsseldorf. Eine Gerichtsverhandlung vom 9. 2. 2011 und 24. 2. 2011 vor dem Amtsgericht Düsseldorf zeigte wieder einmal wie berechtigt diese Forderung ist.

Was war geschehen? Am 9. 10. 2009 mischte sich Sascha Warnecke, ein junger Mann der zufällig vorbei kam, ein, als der OSD eine auf der Straße sitzende Bettlerin in der Altstadt vertreiben wollte. Der OSD ist eine uniformierte Truppe, die die Stadtverwaltung Düsseldorf eingerichtet hat, um u.a. auf den Straßen Düsseldorfs für Ordnung zu sorgen. Sascha W. forderte den Mann und die Frau des OSD auf, die bettelnde Frau in Ruhe zu lassen. In der Gerichtsverhandlung bestätigten drei Zeuginnen, die zufällig anwesend waren, dass Sascha W. immer friedlich war und Abstand gehalten hat. Der OSDler forderte Sascha W. auf zu verschwinden, als dieser der Aufforderung nicht nachkam, griffen die OSD-Leute ihn an, wurden gewalttätig und setzten Pfefferspray ein. Sie schlepten ihn auf die Polizeiwache. Dort erstattete Sascha W. Anzeige gegen die beiden OSD-Leute. Diese wiederum erstatteten Anzeige gegen ihn.

Die Staatsanwaltschaft schlug die Anzeige gegen die OSDler nieder und so kam es nur zur Gerichtsverhandlung gegen Sascha W.. Der Vorwurf: „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte.“

Die Staatsanwaltschaft forderte eine Geldstrafe von 5000 Euro, ersatzweise entsprechende Haft. Während der Verhandlung schilderten der Mann und die Frau vom OSD umfangreich die angeblichen Angriffe gegen sie. Das Gericht kam nicht daran vorbei, die drei Zeuginnen, die zufällig am Ort des Geschehens waren, zu befragen. Diese bestätigten die Hergang so, wie ihn Sascha W. geschildert hat, so dass das Gericht zu einem Freispruch gezwungen war, weil: wörtlich aus dem Urteil „demnach besteht ein letzter Restzweifel, der zugunsten des Angeklagten zu gehen hat.“ (120 Cs-110 Js 1278/10-548/10). Eine interessante Begründung. Drei unabhängige Zeuginnen, die Sascha W. nicht kannten, sagten aus und das Gericht stellt nicht fest, dass die Unschuld durch die Zeugenaussage erwiesen ist, sondern spricht von letzten Restzweifeln an der Schuld. Wieviel Wert haben Zeugenaussagen von Menschen, die nicht im Staatsdienst stehen? Bei dieser Begründung ist es verständlich, dass die Staatsanwaltschaft sich Hoffnungen macht und in die Revision vor das Landgericht geht. Sascha W. hat allerdings das getan, was Politiker in Sonntagsreden immer wieder fordern: Er hat sich mit Zivilcourage für einen bedrohten Mitmenschen eingesetzt.

1974 strich der Gesetzgeber das Betteln aus dem Strafgesetzbuch. Mit zunehmender Armut durch die neoliberale Politik in den vergangenen Jahrzehnten, versuchen viele Gemeinden die Bettelei wieder

zu kriminalisieren. So werden Begriffe wie „aggressives“ Betteln in kommunalen Verordnungen oder wie in Düsseldorf in die Straßenordnung aufgenommen. In §6, Absatz 1 und 2 steht: „Auf Straßen und in Anlagen ist jedes Verhalten untersagt, das geeignet ist, andere mehr als nach den Umständen unvermeidbar zu behindern oder zu belästigen, insbesondere aggressives Betteln (unmittelbares Einwirken auf Passanten durch In-den-Weg-Stellen, Einsatz von Hunden als Druckmittel, Verfolgen oder Anfassen)“.

Während im Mittelalter der Almosen für den Bettler noch bei der christlichen Kirche als ein Schritt ins Himmelreich galt, versucht heute die christliche Partei und ihre neoliberalen Kumpane das Betteln zu kriminalisieren. Jeder Mensch der in Armut lebt hat das Recht, andere Menschen zu fragen ob sie helfen. So wie hoch bezahlte Prominente täglich im Fernsehen für wohltätige Organisationen betteln, darf man dies dem Einzelnen nicht verwehren.

Der französische Schriftsteller Anatole France schrieb im Jahre 1894: „Das Gesetz macht alle auf erhabene Weise gleich. Es verbietet allen Menschen unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln oder Brot zu stehlen - den Armen ebenso wie den Reichen.“ Dieses Gesetz ist Geschichte. Wer mit seiner Politik Elend und Armut verursacht, muss auch den Anblick dieser Not ertragen und sie nicht vertreiben wollen.

Der Weg zum Glück... ...hing am seidenen Faden der CDU-Dogmatik

Wer offenen Auges durch Gerresheim geht, kann es an vielen Stellen sehen - der Bezirk verändert sich. Sei es das alte Glashüttengelände, der Quellenbusch, die Gustav-Adolf-Kirche - oder das Gelände der alten Apostelkirche auf der Benderstraße.

Inzwischen wurde diese abgerissen, um Platz zu schaffen für die geplante Bebauung mit dem Diakoniezentrum. Wer auf der Heyestraße steht, sieht verwundert, dass es von hier zum Wohngebiet Heinrich-Könn-Straße, sonst nur zu erreichen über die Bergische Landstraße, nur einen Katzensprung ist. Wäre es da nicht sinnvoll, einen Fußweg über das Gelände des Diakoniezentrums zu bauen und so die Heinrich-Könn-Straße besser mit dem Gerresheimer Zentrum zu verbinden? In diese Richtung zielte der Antrag von Ronny Meyer, Vertreter DER LINKEN in der Bezirksvertretung 07. Alle anderen Fraktionen waren auch dafür - zumindest im Grunde. Nur die CDU und FDP-Fraktionen sperrten sich. Man müsse doch vorher mit dem Investor re-

den und könne nicht einfach beschließen. Der würde doch dann veegrätzt und sich vielleicht querstellen. Oder so. Eigentlich ist das Problem, dass CDU / FDP keinem Antrag der LINKEN zustimmen wollen - egal wie sinnvoll er ist. Erst nachdem alle Fraktionen - und sogar der eigene CDU - Ratsherr Friedel - auf die CDU und die FDP eingeredet hatten und diese sich zu einer Bedenkepause

zurückzogen, konnte ein Antrag aller Fraktionen, der eine Gehwegverbindung fordert, beschlossen werden.

DIE LINKE wird weiterhin ihre Zustimmung oder Ablehnung von Anträgen nicht davon abhängig machen, wer der Antragssteller ist - sondern nur, ob der Antrag dazu dient, dass Leitbild einer sozialen, ökologischen und gerechten Stadt umzusetzen.



Kein Durchgang

Hebammen in Not

Das haben Hebammen nicht verdient

Ein ungewohntes und buntes Bild im März auf dem Rathausplatz in Düsseldorf: Hebammen, Mütter und Väter mit Kleinkindern, Luftballons und bunten Plakaten mit Hilferufen wie „Hebammen in Not“ oder „Hebammen – früher verbrannt, heute verheizt“ oder „Hebammen wollen von ihrer Arbeit leben können“. Freiberufliche Hebammen streiken für bessere Arbeitsbedingungen und für eine gerechte Bezahlung.

Der Stundenlohn liegt nach Berechnung des Deutschen Hebammenverbands bei 7,50 Euro. Hebammen müssen rund um die Uhr arbeiten. Hinzu kommt, dass Hebammen etwa 3.700 Euro jährlich für ihre Berufshaftpflichtversicherung zahlen müssen, die von ihrem geringen Lohn noch abgezogen werden!

Bei der Demonstration vor dem Rathaus sprechen Hebammen über ihr Arbeitsleben, berichten, dass sie immer auf Abruf sind, weil sich Babys nicht an Arbeitszeiten halten. Viele der Hebammen erklären, dass sie wohl ihren Beruf, der für sie eine Berufung bedeutet, aufgeben müssen.

Das wäre verheerend für Frauen, die ein Recht auf freie Hebammenwahl haben, die ein Recht auf natürliche Geburt haben, die ein Recht haben, ihr Kind in einem Geburtshaus zur Welt zu bringen. Die ein Recht haben, vor, während und nach der Geburt fachmännisch betreut zu werden.

Mit dabei Angelika Kraft-Dlangamandla, Ratsmitglied der LINKEN. Bärbel Beuermann, Landtagsabgeordnete der LINKEN spricht zu den Hebammen. Sie sagt: „Die Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammenleistungen in NRW ist äußerst gefährdet. Das können wir als Fraktion DIE LINKE in NRW, auch bundesweit nicht hinnehmen! Deshalb hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE schon im letzten Jahr einen Antrag in den Bundestag eingebracht, der die Versorgung durch Hebammen und Entbindungspfleger sicherstellt.“

Die Hebammenhilfe muss gesetzlich festgelegt werden. Die Vergütung auf einer neuen Grundlage neu bemessen

werden. Dabei müssen die wirtschaftlichen Bedarfe der Hebammen auch in einer privaten Vergütungsvereinbarung verbindlich festgelegt werden.

In einem Antrag zur nächsten Ratsitzung fordert die Fraktion der LINKEN unter anderem, dass der Rat der Stadt Düsseldorf die Forderungen der Hebammen nach einer Verbesserung ihrer finanziellen Situation unterstützt und die Bundesregierung auffordert, sich dafür einzusetzen, dass Folgendes dauerhaft sichergestellt wird: Die Wahlfreiheit des Geburtsortes (Hausgeburts, Klinik oder Geburtshaus), Den Erhalt der Hebammenhilfe und die angemessene Bezahlung für Hebammenleistungen.



Hebammen protestieren vor dem Rathaus

„Am siebten Tage sollst du ruh´n...“

Ratsfraktion DIE LINKE lehnt Sonntagsöffnungen im Einzelhandel ab

Der Sonntag ist kein Tag wie jeder andere. Seine Bedeutung drückt sich in seiner Beständigkeit für die individuelle Lebensgestaltung der Menschen aus. Der Sonntag ist eine frühe soziale Erziehung und auch heute als Tag der Ruhe, der Gemeinschaft, der Befreiung von Sachzwängen, Fremdbestimmungen und Zeitdruck unverzichtbar. Der Gesetzgeber hat diesem Umstand in Artikel 140 Grundgesetz Rechnung getragen, die Sonntage und die staatlich anerkannten Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung geschützt.

Es werden immer mehr Bereiche für die Arbeit an Sonn- und Feiertagen vernahmt. Das Erleben gemeinsamer freier Zeit in der Familie, mit Freunden, Verwandten und Bekannten, das Engagement im Ehrenamt ist auf gemeinsame freie Zeit angewiesen.

Die Ausweitung der Sonntagsarbeit in gesellschaftlich nicht notwendigen Bereichen bedeutet ein gravierender Einschnitt in das Gefüge der Gesellschaft,

die dadurch an Lebensqualität erheblich verliert.

In diesem Zusammenhang stellte am 17.3.2011 die Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Ratssitzung, ein Antrag, in dem der Rat der Stadt die Verwaltung beauftragte, er sollte künftig dafür zu sorgen, dass maximal drei Sonntagsöffnungen pro Stadtteil im Rahmen von Stadtfesten und Weihnachtsmärkten ausgesprochen werden. Der Anlass für eine jeweilige Sonntagsöffnung begründet eine Ausnahme vom Ladenschluss jeweils nur in maximal drei Stadtteilen mit jeweils gemeinsamen Stadtteilgrenzen.

Über die auf Grund des Landeserlasses vom 17.12.2009 bestehende Praxis sollten künftig Heilige Drei Könige, der Reformationstag, der 4. Advent und der 1. Mai ebenso ausgenommen werden. Dies sollte auch für die im NRW-Gesetz über die Sonn- und Feiertage genannten jüdischen Feiertagen (Neujahr und Versöhnungstag) gelten. Ebenfalls sollte jeweils der Sonntag nach den zwei is-

lamischen Hauptfesttagen „Fest des Fastenbrechens“ und „Opferfest“ von einer Sonntag ausgenommen werden. Der Antrag stellte gegenüber Verwaltungsvorlage eine Reduzierung von Arbeitssonntagen dar. Der Antrag wurde von der CDU/FDP-Mehrheit abgelehnt. Die Ratsfraktion DIE LINKE stellte zu dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen einen Änderungsantrag, in dem der Rat der Landeshauptstadt aufgefordert wird, zukünftig Anträge auf Genehmigung verkaufsoffener Sonntage abzulehnen. Auch dieser Änderungsantrag wurde von der Mehrheit des Rates abgelehnt.

In der Ratssitzung am 14. April 2011 stand wiederum der Verwaltungsvorlage zu Sonntagsöffnungen zur Abstimmung. Die Mehrheit des Rates mit Stimme von CDU/FPD stimmte ihr zu. Die Ratsfraktion DIE LINKE lehnte ab. Wieder einmal stellte die schwarz/gelbe Mehrheit des Rates wirtschaftliche Interessen über die Interessen der Menschen nach mehr Lebensqualität.

Für eine 5. Gesamtschule

Seit Jahren verhindern CDU und FDP mit der Ablehnung von Gesamtschulen – ja sogar der Ablehnung einer Elternbefragung zur Gesamtschule – jedes Jahr aufs Neue, dass Hunderte von Kindern einen Gesamtschulplatz erhalten. Mit der Ablehnung ignorieren CDU/FDP einmal mehr den Elternwillen nach längerem gemeinsamen Lernen. Auch dieses Jahr erhielten wieder 290(!) SchülerInnen, die sich an der Gesamtschule beworben hatten, einen Ablehnungsbescheid. Mit dieser SchülerInnenzahl könnte man sogar zwei neue fünfzügige Gesamtschulen errichten, die helfen würden, die durch das dreigliedrige Schulsystem verschuldete soziale Auslese zu verringern. Auch die Handwerksverbände wie der Zentralverband des deutschen Handwerks und der Westdeutsche Handwerkskammertag fordern eine neunjährige Basisschule für alle. Es wird befürchtet, dass das mehrgliedrige Schulsystem den HauptschülerInnen nicht mehr die für eine erfolgreiche Berufstätigkeit notwendigen Fähigkeiten vermitteln. In Duisburg – das eine rot-rot-grüne Mehrheit hat – gibt es mittlerweile 13(!) Gesamtschulen. Doch in Düsseldorf stellt sie sich mit der FDP aus rein ideologischen Gründen stur dagegen. Dadurch wurden im Laufe der Jahre tausende von SchülerInnen zum größten Teil in Hauptschulen abgeschoben und auf Grund ihrer sozialen Herkunft oder Zuwanderungsvorgeschichte in die Chancenungleichheit zurückgestoßen.

Georg Blanchard

Umsetzung des Elternwillens

In der letzten Ratssitzung stellten SPD und Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag, zügig zu eruiieren und Vorschläge zu erarbeiten, damit in Düsseldorf in absehbarer Zeit eine Gesamtschule errichtet werden kann.

Der Fraktion der LINKEN geht das nicht weit genug. Düsseldorf braucht sofort eine weitere Gesamtschule, mit einem vollständigen bis zum Abitur reichenden Bildungsprogramm. DIE LINKE tritt für den sofortigen Ausbau einer Gesamtschule ein, weil Eltern sich für ihre Kinder eine integrierte Schulform wünschen und weil sie auch erhebliche pädagogische Erfolge aufweisen kann.

Anregungs- und Beschwerdeausschuss anerkennen!

An den Anregungs- und Beschwerdeausschuss können sich BürgerInnen in schriftlicher Form wenden, um Anregungen und Beschwerden vorzutragen, für die die Stadt Düsseldorf zuständig ist. In der Sitzung können die BürgerInnen ihr Anliegen erläutern. Während der Sitzung stehen normalerweise die MitarbeiterInnen der Verwaltung Rede und Antwort und im Dialog wird versucht Abhilfe zu schaffen oder die Anregung wird beraten. Der Ausschuss kann Empfehlungen an die Verwaltung aussprechen. Lange Jahre war es still um diesen Ausschuss, aber seit DIE LINKE dort vertreten ist, scheint er wie „wachgeküsst“. Da machte er auf einmal Schlagzeilen in der regionalen Presse. Es wurde deutlich, wie unterschiedlich die Vorstellungen in der Politik sind, den BürgerInnen wirklich Raum zu geben und sie in ihren Anliegen auch ernstzunehmen.

Der erste Skandal wurde öffentlich, als DIE LINKE gegen die ständig zunehmenden Absagen der Sitzungen wegen angeblich fehlender Beschwerden protestierte und forderte, den Ausschuss in der Öffentlichkeit bekannter zu machen. Dies führte schließlich dazu, dass sich das Bürgergremium endlich einen eigenen Flyer und Internetauftritt erarbeitete.

In der April-Sitzung des Ausschusses erklärte die Verwaltung, dass die MitarbeiterInnen der Fachverwaltung zukünftig an den Sitzungen dieses Ausschusses nicht mehr teilnehmen. Auf Grund der fehlenden Fachleute war der Ausschuss gezwungen, Eingaben von BürgerInnen zu verschieben. Nach heftigen Protesten im Ausschuss und der Öffentlichkeit ließ Oberbürgermeister Elbers verkünden, dass es sich nur um einen „Kommunikationsfehler“ gehandelt habe und die Verwaltung in Zukunft doch wieder an den Sitzungen teilnehmen wird. Er beantwortete nicht die Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE über die Hintergründe und wer dies überhaupt persönlich veranlasst und politisch zu verantworten hat.

DIE LINKE wird weiterhin wachsam sein und entschlossen dieses Gremium gegen all jene verteidigen, denen der Dialog mit den BürgerInnen in Düsseldorf nur störend erscheint.

Dieter Savalies

Geschäft mit dem Tod boomt

Die Rheinmetall Düsseldorf AG schießt Profite durch Waffenhandel

Deutschland ist weltweit nach den USA und Russland der drittgrößte Waf-fenexporteur. Der Düsseldorfer Konzern Rheinmetall AG mischt in diesem Geschäft erfolgreich mit. 2010 betrug der Auftragsbestand 5,1 Mrd. Euro, davon entfielen auf den Unternehmensbereich Defence 4,77 Mrd. Euro. Defence ist der Bereich im Konzern für Waffen und Munition.

Der Auslandsanteil am Umsatz stieg um 2% auf 66%, dabei liegt nach Europa der Mittlere Osten und Asien mit 20% gegenüber 16% in 2009 an zweiter Stelle. 6% sind im Geschäftsbericht als „übrige Regionen“ ausgewiesen. Wohin diese Waffen gingen, verschweigt der Geschäftsbericht. Der Umsatz im Bereich Waffe und Munition nahm in 2010 um 17% gegenüber 2009 zu. Die Dividende pro Aktie soll in 2011 von 0,30 Euro auf 1,50 Euro erhöht werden.

Durch Kooperationen und Beteiligungen hat die Rheinmetall AG in 2010 ihren Einflussbereich in der Sparte „Defence“ ständig ausgebaut. Neben einigen Beteiligungen war die Kooperation mit der Boustead Heavy Industries Corporation aus Kuala Lumpur, Malaysia interessant. „Die Kooperation soll Rheinmetall Defence einen verbesserten Marktzugang für ein breites Spektrum von Produkten und Technologien für die Land-, See- und Luftstreitkräfte Malaysias und Partnerstaaten in der Region eröffnen“. Vermeldet der Geschäftsbericht von Rheinmetall.

Der jüngste Coup ist die Aufstockung der Anteile bei der ADS GmbH, Lohmar, von bisher 25% auf zukünftig 74%. ADS heißt „Active Defence Systems“, es dient dem Schutz militärischer Fahrzeuge aller Art und soll gegnerische Gefechtskörper im Anflug zerstören und „...das auch Kollateralschäden im Bereich des Fahrzeugs minimiert“. So in der Pressemitteilung des Konzerns. Aus der Pressemitteilung: „Ein Kundenland aus dem asiatischen Raum hat sich dazu entschieden, Fahrzeuge seiner Streitkräfte zukünftig mit dem Active Defence System zu schützen“. Während im Geschäftsbericht oder in Pressemitteilungen Kundenländer aus dem NATO-Raum genau benannt werden, werden die Kundenländer aus dem

asiatischen Raum bzw. aus dem Nahen oder Mittleren Osten vernebelt, ganz zu schweigen von den „übrigen Ländern“.. Der Rüstungskonzern Rheinmetall hat seinen Hauptsitz in Düsseldorf.

Neben dem europäischen Kriegskon-zern EADS ist Rheinmetall der größte deutsche Rüstungskonzern. Momentan liegt Rheinmetall auf Platz 34 der weltweit größten Kriegsunternehmen. Bis 2013 wollen sie mit den geplanten Umsatzsteigerungen unter die ersten 20 der Weltrangliste kommen.

Es sollte auch den Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf interessieren, in welche Regionen der Welt von Düsseldorf aus Waffen geliefert werden und wo Menschen durch diese Waffen getötet werden.



Das Mordgeschäft blüht

© CC flickr.com/ FaceMePLS

BürgerInnen-Haushalt muss kommen!

Erfolgreicher Einsatz für die Beteiligung der DüsseldorferInnen

In der Sitzung der Bezirksvertretung 08 wurde ein Antrag des Vertreters der Partei DIE LINKE, Lutz Pfundner, angenommen, sich gemeinsam mit der Stadtverwaltung über die Möglichkeiten der Einführung eines BürgerInnen-Haushalts zu informieren.

Worum geht es? Es geht um die Beteiligung der EinwohnerInnen einer Stadt, über die Verwendung ihrer Steuergelder mitzureden, Vorschläge zu machen und sich einzumischen. Die Haushaltspolitik der Stadt Düsseldorf zeigt, dass dies gerade hier notwendig wäre. Hunderte Millionen Euro werden in den nächsten Jahren für den Kö-Bogen, für vierspurige Autostraßen, für den Abriss des Tausendfüßlers und Untertunnelung des Jan-Wellem-Platzes verplant und fehlen demzufolge für Kitaplätze, für kommunalen Wohnungsbau, für den Erhalt des Aaper Waldes als Erholungsgebiet, für den Ausbau der Radwege

und für eine barrierefreie Stadt. Hier ist es notwendig, dass die BürgerInnen sich einmischen und die Stadtmütter und -väter sich für ihre Ausgabenpolitik gegenüber den EinwohnerInnen verantworten müssen.

Die ersten BürgerInnenhaushalte entstanden vor etwa 15 Jahren in Brasilien und Neuseeland. In den kommenden Jahren breiteten sie sich in Europa aus und werden auch in Deutschland in vielen Städten erfolgreich durchgeführt. So in Köln, Essen, Solingen, Meerbusch oder Kaarst, um nur einige Kommunen in der direkten Umgebung von Düsseldorf zu nennen. Eine der ersten Städte mit einem BürgerInnenhaushalt in Deutschland war unsere Nachbarstadt Hilden.

In Solingen haben die BürgerInnen durch ihre Vorschläge und Anregungen erreicht, dass die Stadt die notwendigen Sparmaßnahmen mit und nicht

gegen die Bevölkerung einleiten konnte und so die Insolvenz der Stadt abgewendet wurde.

Der Haushaltsplan ist die Grundlage für die Finanzwirtschaft einer Stadt. Er ist deshalb sehr gut geeignet für den Dialog mit den BürgerInnen. Stadtrat und Verwaltung können so gemeinsam mit den EinwohnerInnen der Stadt den Haushalt erarbeiten. Die DüsseldorferInnen haben so die Möglichkeit, Vorschläge für die Gestaltung Ihrer Stadt zu machen. Der Stadtrat und die Verwaltung sind verpflichtet, die Vorschläge zu prüfen und bei Nichtberücksichtigung ihren Standpunkt gegenüber den BürgerInnen zu erklären.

Was in Köln, Essen und vielen anderen deutschen Städten erfolgreich praktiziert wird, muss auch in Düsseldorf möglich sein. Unsere Stadt ist einer der wenigen weißen Flecke auf der Karte der BürgerInnenbeteiligungen.

GaratherInnen verschaukelt

Keine Sanierung des Nebenzentrums

„Einem Antrag der LINKEN werde ich niemals zustimmen“, so der Bezirksvorsteher Garath/Hellerhof auf der Sitzung im März. Es ging um die Neugestaltung des Garather Zentrums Nordwest in der Sitzung der Bezirksvertretung 10. Angelika Kraft-Dlangamandla von den LINKEN hatte den Antrag gestellt, dass die im April 2010 beschlossenen Umbaumaßnahmen des Garather Zentrums Nordwest zügig umgesetzt werden. Bezirksvorsteher Mauersberger versprach statt dessen, sich persönlich für die Umsetzung im Rat einzusetzen. Die Bezirksvertreterin der LINKEN forderte daraufhin, dass die gesamte Bezirksvertretung für den zügigen Umbau stimmen und Druck machen müsste.

Für eine Sanierung und Verschönerung des Zentrums ist es höchste Zeit. Es besteht ein baulicher Handlungsbedarf, da Teile der Vordachanlage im Zentrum marode sind. Dieser mit den BürgerInnen Garaths geplante und von der Bezirksvertretung beschlossene Umbau soll vorerst nicht umgesetzt werden, da die sogenannte Schuldenfreiheit Düsseldorfs in Gefahr sei.

Angelika Kraft-Dlangamandla argumentierte, dass es nicht sein kann, dass für den Kö-Bogen das Geld millionenfach ausgegeben werde, der Song Contest sowie das Wegwerfstadion Millionen Beträge kosten, da würde nicht die Frage der Schuldenfreiheit stehen. Erst wenn es um die Belange der EinwohnerInnen am Stadtrand ginge, würde mit der „Schuldenfreiheit“ argumentiert. Es sei Aufgabe der gesamten Bezirksvertretung, für die zügige Baumaßnahme einzutreten.

Daraufhin fiel dem Bezirksvorsteher kein anderes Argument mehr ein, als dass niemals einem Antrag der LINKEN zugestimmt werden könne, es handele sich ja schließlich um Linksradikale. Ein ärgerlicher Zuhörer rief empört: „Das ist eine demokratisch gewählte Bezirksvertreterin.“ Selbstverständlich lehnte die Mehrheit aus CDU und FDP den Antrag ab.

Interessant, da scheint es wirklich nicht um die Interessen der Garather EinwohnerInnen zu gehen. Fragt sich nur, wie der Bezirksvorsteher das den Menschen erklärt, die ja in die Planung mit einbezogen waren und sich sehr engagiert mit Ideen beteiligt haben.

Garath feiert dieses Jahr seinen 50. Geburtstag. Genau an der Stelle, wo der erste Spatenstich erfolgte, verkommt das Zentrum. Und das wird so bleiben. Ein schönes Geschenk zum Geburtstag.

Viele GaratherInnen fühlen sich verschaukelt. Oberbürgermeister Elbers sagte auf dem 50-Jahre-Garath-Empfang im Februar, bei dem allerdings nur geladene Gäste anwesend waren: „Rufen Sie mich an, wenn Sie Probleme haben. Ich bin immer für Sie da.“

Angelika Kraft-Dlangamandla: „Liebe GaratherInnen, rufen Sie den OB an. Fragen Sie ihn, warum der notwendige Umbau des kleinen Nebenzentrums in Garath für die „Schuldenfreiheit“ geopfert wird. Und fragen Sie ihn, warum die GaratherInnen weniger wichtig sind als ein Song Contest, der nur einige Tage dauert und Sie tagein tagaus in Ihrem maroden Zentrum leben.“

Interessant wäre noch die Frage an den CDU-Bezirksvorsteher, warum er sich nicht für „seinen“ Stadtteil einsetzt, wenn es DIE LINKE beantragt.



Der Charme der 70er Jahre ist verblasst

Ein Bus nach nirgendwo

Schulbusbetrieb muss erhalten bleiben

Das Thema Schulbusbetrieb zur GGS Knittkuhl hat die Bezirksvertretung 07 dieses Jahr bereits zum zweiten Mal beschäftigt. Nachdem im Januar die ersten Überlegungen der Verwaltung ans Tageslicht kamen, hat diese – aufgefordert durch einen Beschluss der Bezirksvertretung – im März ihre Pläne vorgestellt.

Danach soll der jetzige Betrieb nur noch

zur Hälfte aufrecht erhalten werden. Schließlich gebe es den Schulbus nur noch an 3 von 83 Schulen. Im Übrigen sei auch Erstklässern zuzumuten, quer durch ihre Siedlung zu laufen, danach eine vielbefahrene Bundesstraße zu überqueren und auf dem Rückweg an der richtigen Haltestelle wieder auszu steigen. Der ÖPNV nach Knittkuhl ist außerdem inzwischen besser ausge-

baut, als er es zum Zeitpunkt des Einrichtens des Schulbusbetriebs war.

Nur ein Umsteigen von einem Bus in den anderen wollte man den Kindern nicht zumuten – so dass zumindest ein Teil des Schülerspezialverkehrs aufrecht erhalten werden soll.

Dem wollte die Bezirksvertretung 07 nicht folgen. Ronny Meyer – Vertreter DER LINKEN in der BV 07 – brachte es auf den Punkt: „Es gehe hier doch letztlich nur darum, einige zehntausend Euro einzusparen. Wer an anderer Stelle Millionen für Prestigebauten ausgibt, muss ja irgendwo sparen.“

Ansonsten ist und bleibt der Schulbusbetrieb genau in der Form in der er die letzten Jahre durchgeführt wurde, sinnvoll und notwendig. Und so hat letztlich die Bezirksvertretung die Verwaltung aufgefordert, den Schulbusbetrieb in der jetzigen Form aufrecht zu erhalten.



Der Schulbus soll leer bleiben

© piqs.de/ ArgonR

Rhein-Ruhr-Express in Benrath

Der Rhein-Ruhr-Express, Nachfolger des zu Recht gescheiterten Metro Rapid, ist ein System von beschleunigten Regionalzügen Rhein-Ruhr-Gebiet.

Der im Oktober 2006 vorgelegte Investitionsrahmenplan von 2006 bis 2010 für die Verkehrsinfrastruktur des Bundes sah den Ausbau der auf der Strecke befindlichen Knoten vor, insbesondere Köln und Dortmund sowie Düsseldorf und Duisburg. Mittlerweise ist allerdings der Plan des Bundes, die für einen vollwertigen Betrieb des PRX notwendige Dreigleisigkeit zwischen Dortmund und Köln weitgehend zu streichen. Damit würden mehrere Haltestellen wegfallen, unter anderem die in Benrath. Für den öffentlichen Nahverkehr wäre das eine Katastrophe. Cemal Cetin, Vertreter der LINKEN in der Bezirksvertretung 09, forderte in der Sitzung im April, dass der Rat der Stadt sich dafür einsetzt, dass die notwendige Haltestelle in Benrath erhalten bleibt. In seinem Antrag, dem alle Parteien zustimmten, begründet er, dass der Wegfall der Haltestelle die Abkoppelung von einem zukunftsweisenden Bahnprojekt in der Region bedeutet. Menschen nicht nur aus dem Düsseldorfer Süden, sondern aus der Region nutzen den Benrather Bahnhof.

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Angelika Kraft-Dlangamandla, Michael Friebe.

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

25.000

Keine Bundeswehr an Schulen

In NRW gibt es seit Monaten ein breites Bündnis, das gegen die Vereinbarung zwischen Schulministerium und Bundeswehr eintritt. Nicht nur die LINKE, auch GEW, DGB, Landesschülersprechervertretungen oder die Initiative „Bundeswehr wegtreten“ sind seit Monaten aktiv.

Es geht darum, dass die Bundeswehr an Schulen nichts zu suchen hat. Vor allem nicht zur Rekrutwerbung, die jetzt nach Beendigung der Wehrpflicht für die Bundeswehr vermehrt betrieben wird.

Die Ratsfraktion der LINKEN stellt zur nächsten Sitzung des Rates den Antrag, „keine Jugendoffiziere der Bundeswehr zu Informations- und Werbezwecken in Düsseldorfer Schulen einzuladen. Die Verwaltung wird aufgefordert, SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen über ihre Einspruchsrechte beim Auftritt von Bundeswehrvertretern zu informieren.“

Wichtig ist zu wissen, dass die Entscheidung über die Einladung von Soldaten in den Unterricht bei der Schulleitung liegt. Jedoch können SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen dagegen etwas unternehmen. Sie können sich in ihren Vertretungen und Konferenzen dagegen wehren. Eltern können für ihre Kinder Ersatzunterricht beantragen, wenn Bundeswehrvertreter in die Klasse kommen.

Artikel 7 der Landesverfassung NRW fordert die „...Erziehung zur Friedensgesinnung“. Wie soll dies mit einer Bundeswehr geschehen, die sich an völkerrechtswidrigen Kriegen beteiligt?

Solarenergie in Düsseldorf

CDU/FDP stimmen gegen Beteiligung an SolarLokal



Anti-Atom Proteste in Düsseldorf am 21. März 2011

Die Umweltkatastrophe, die durch die Reaktorunglücke in Fukushima ausgelöst wurde, ruft geradezu nach einer Beschleunigung des Ausbaues der regenerativen Energien. In unserer Stadt erhöhte sich die Erzeugung von Strom aus Sonnenenergie auf 8735 KW im Jahre 2010. Dies sind etwa immerhin schon 3% des Bedarfes der Stadt. Der sprunghafte Ausbau zeigt wie schnell die Energiewende möglich ist, wenn die Politik auf richtige Weise steuert. Die Senkung der Photovoltaik-Einspeisevergütung durch die Bundesregierung muss zurückgenommen werden, um den BürgerInnen, die hier Geld in Umbau ihrer Dächer stecken, zu versichern, dass sie auf ihren Kosten nicht sitzen bleiben. Das Argument der Stromkonzerne, diese Einspeisevergütung würde über die erhöhte EEG-Umlage die Stromrechnung verteuern ist eine Halbwahrheit, denn die Senkung der Stromkosten durch die bei entsprechendem Wetter in großer Menge zu Verfügung stehende billige Wind- und Solarenergie wird von den Endkundenversorgern in der Re-

gel nicht weitergegeben. Ein weiteres Argument für die Forderung der LINKEN nach einer Vergesellschaftung der Stromkonzerne, damit die Stromrechnung in Zukunft nachvollziehbar erstellt wird.

Damit sich auch einkommensschwache BürgerInnen an der Energiewende

beteiligen können, hat die Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf im Umweltausschuss (Okt/09) den Antrag gestellt, dass die Stadt die Gründung von „Genossenschaften zu dem Zweck einer dezentralen Versorgung mit Nahwärme und elektrischem Strom aus Solaranlagen, Solarwärme und/oder Blockheizkraftwerken (BHKW) zu bilden“. So könnte das Geld, das HartzIV-Empfänger jetzt noch für Kohle- und Atomstrom ausgeben, zur Installation von regenerativer Energie umgenutzt werden. Die Stadt könnte mit Maßnahmen wie einer Solarsatzung, die die Installation von Solarenergie bei Neubauten und größeren Sanierungen im Außenbereich zwingend vorschreibt, aktiv werden. Umso wunderlicher, dass die schwarz-gelbe Mehrheit in der letzten Umweltausschusssitzung noch nicht mal für die Teilnahme der Stadt bei „SolarLokal“ stimmte. Diese Imagekampagne hat das Ziel durch Anzeigen und Kontaktvermittlung den Ausbau der Solarenergie zu fördern. Wahrscheinlich ist das Problembewusstsein bei CDU und FDP noch nicht ausreichend.



So schön kann Windkraft sein

© piqs.de/Reinhard Sandbothe

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen mus-

sten das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird umsonst verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

